



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Planungsangelegenheiten am 16.01.2024**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:02 Uhr bis 19:52 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### **Mitglieder**

Christian Feigl	Ausschussvorsitzender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger
Thomas Schied	Fraktion Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig, Vertreter für Herrn Bochmann
Dirk Gernhardt	Sachkundiger Einwohner
Christian Hartwig	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kautz	Sachkundiger Einwohner
Manfred Sommer	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 18:37 Uhr
Andreas Kloevekorn	Sachkundiger Einwohner
Udo Nistripke	Sachkundiger Einwohner
Jan Wagner	Sachkundiger Einwohner

### **Verwaltung**

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt (GBII)
Dörthe Riedel	Referentin des GB II
Nico Schröter	Leiter Fachbereich Städtebau u. Bauordnung
Norbert Schültke	Leiter Fachbereich Mobilität
Andreas Eiden	Flächennutzungsplaner
Andreas Pohl	Landschaftsplaner
Sarah Lange	stellvertretende Protokollführerin

## **Entschuldigt fehlten:**

Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Martin Bochmann	Fraktion Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig
Helge Dreher	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kresse	Sachkundiger Einwohner
Michael Sprung	Sachkundiger Einwohner

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten wurde von **Herrn Feigl** eröffnet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Herr Feigl** wies auf folgende Änderungen und Ergänzungen hin:

### **TOP 5.1**

Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) – frühzeitige Beteiligung und öffentliche Auslegung des Vorentwurfs

Vorlage: VII/2023/05853

- ➔ **Hierzu liegt ein ÄA der SPD vor**
- ➔ **Behandlung unter TOP 5.1.1**

### **TOP 5.2**

Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Stadt Halle (Saale) mit integriertem Umweltbericht zum Flächennutzungsplan – frühzeitige Beteiligung und öffentliche Auslegung des Vorentwurfs

Vorlage: VII/2023/05859

- ➔ **Hierzu liegt ein ÄA der SPD vor**
- ➔ **Behandlung unter TOP 5.2.1**

**Frau Winkler** vertagte den Antrag ihrer Fraktion unter Tagesordnungspunkt 6.5.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Feigl** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung:

**Abstimmungsergebnis:**                    **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3.        Einwohnerfragestunde
4.        Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.12.2023
5.        Beschlussvorlagen
- 5.1.     Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) – frühzeitige Beteiligung und öffentliche Auslegung des Vorentwurfs  
Vorlage: VII/2023/05853
- 5.1.1.   Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) – frühzeitige Beteiligung und öffentliche Auslegung des Vorentwurfs – Vorlagen-Nummer: VII/2023/05853  
Vorlage: VII/2024/06727

- 5.2. Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Stadt Halle (Saale) mit integriertem Umweltbericht zum Flächennutzungsplan – frühzeitige Beteiligung und öffentliche Auslegung des Vorentwurfs  
Vorlage: VII/2023/05859
- 5.2.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Stadt Halle (Saale) mit integriertem Umweltbericht zum Flächennutzungsplan – frühzeitige Beteiligung und öffentliche Auslegung des Vorentwurfs – Vorlage  
Vorlage: VII/2024/06731
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Angebotsanpassung bei der HAVAG notwendig aufgrund massiver Kostensteigerungen  
Vorlage: VII/2023/06455
- 6.2. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung der Erweiterung der Park + Ride-Station Trotha  
Vorlage: VII/2023/06316
- 6.3. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung des Einsatzes von Countdown-Ampeln  
Vorlage: VII/2023/06317
- 6.4. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Installation fahrradsicherer Gleise  
Vorlage: VII/2023/06318
- 6.5. Antrag der Fraktion MitBürger zur Aufstellung einer Gestaltungssatzung für den Bereich der Altstadt  
Vorlage: VII/2023/06465
- 6.6. Antrag der Fraktion "Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig zur Anschaffung von Fahrradflundern  
Vorlage: VII/2023/06573
7. Mitteilungen
- 7.1. Quartalsbericht III/2023 Stadtbahnprogramm Maßnahmeträgerin HAVAG  
Vorlage: VII/2023/06537
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.12.2023
11. Beschlussvorlagen
- 11.1. Abschluss einer Vereinbarung zur einvernehmlichen Beendigung der Fördervereinbarung für das Objekt Scheibe C  
Vorlage: VII/2023/06639

**VERTAGT**

12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

### zu 3 Einwohnerfragestunde

---

#### zu 3.1 Fragesteller 1 zum TOP 5.1

---

**Fragesteller 1** bezog sich auf den Tagesordnungspunkt 5.1 und stellte folgende vorab schriftlich vorgelegte Einwohneranfrage:

1. *Warum werden Außenbereiche weiter mit Wohnbebauung massiv verdichtet? Das entspricht nicht den Regeln des öffentlichen Baurechts in Sachsen-Anhalt, Innenverdichtung vor Außenerweiterung. Erst recht jetzt zu Zeiten der extremen Klimaveränderungen.*
2. *Warum wird in diesem Zusammenhang die Grenze des noch gültigen Flächennutzungsplanes aus 1998 an die Grenze des Landschaftsschutzgebietes „Saaletal“ verschoben? Durch den Klimawandel wäre es geboten, die Grenze des Landschaftsschutzgebietes „Saaletal“ wieder in den Bereich vor der Änderung aus 2012 zurück zu verlegen. Warum wird diese Option von der Stadt im nördlichen Grüngürtel nicht in Betracht gezogen? Keine weitere Verdichtung und Zerstörung von intakten Natur- und Lebensräumen sollte für das Stadtklima bei der Stadtplanung höchste Priorität haben.*
3. *Warum wird dem Änderungsantrag des Stadtratsbeschlusses zum Aufstellungsbeschluss B-Plan 188 Wohnbebauung Wildentenweg im Außenbereich, aus 2021, eine Pufferzone zum Landschaftsschutzgebiet vorzusehen, nicht entsprochen? Geplante private Wohngrundstücke taugen nicht als Pufferfläche herangezogen zu werden.*

**Herr Rebenstorf** bezog sich auf Frage 1 und antwortete, dass es keine massive Wohnverdichtung geben wird. Im Rahmen der Wohnbauflächenkonzeption wurde bereits darauf hingewiesen, dass es weiterhin einen Bedarf für das selbstgenutzte Wohneigentum gibt und der Flächennutzungsplan selbst stellt noch keine Aussage über eine Form der Bebauung dar. Bezugnehmend auf Frage 2 und 3 antwortete er, dass es sich dabei um ein separates Verfahren handelt, was unabhängig von der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes zu betrachten ist. Die eingebrachten Bürgeranliegen werden im Rahmen der Abwägung mit einbezogen.

**Fragesteller 1** bezog sich auf die öffentliche Vorstellung im November 2023 und die Aussage, dass es zum B-Plan 188 ein Parallelverfahren geben wird, doch durch den Wegfall von 4 Häusern, dieses Parallelverfahren nicht mehr notwendig ist. Sie fragte, ob die Prüfung durch das Landesverwaltungsamt damit auch hinfällig ist.

**Herr Rebenstorf** antwortete, da die bisherige Waldfläche nicht mehr als Baufläche zur Verfügung steht und auch nicht als Baufläche vorgesehen werden soll, ist eine Änderung des Flächennutzungsplanes nicht mehr notwendig.

**Fragesteller 1** sagte, dass alte Grenzen des Flächennutzungsplanes aus 1998 verschoben werden sollen und fragte, ob dabei auch keine Prüfung des Landesverwaltungsamtes stattfinden wird.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass das Landesverwaltungsamt im Zuge des Vorentwurfes zu beteiligen ist und voraussichtlich auch eine Stellungnahme abgeben wird.

### zu 3.2 Fragesteller 2 zum Wildentenweg

---

**Fragesteller 2** bezog sich auf den Tagesordnungspunkt 5.1 und die Wohnbebauung Wildentenweg und stellte folgende vorab schriftlich vorgelegte Einwohneranfrage:

- 1. Am 27.11.2023 hatte die Stadt Halle zu einem Bürgerdialog, die Wohnbebauung des Wildentenweges betreffend, eingeladen. Zu diesem Termin wurde Herr Rebenstorf zum Stand des neuen FNP befragt. Er gab die allgemeine Auskunft, dass der FNP nächstes Jahr in den Stadtrat kommt. Warum haben Sie, Herr Rebenstorf, nicht konkret darauf hingewiesen, dass der Entwurf des FNP bereits am 19.12.2023 im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung behandelt wird und damit öffentlich einsehbar ist?*
- 2. Es ist geplant, die Grenze der Wohnbaufläche nach Westen zum LSG zu verschieben. Dieser Teil wird im „Landschaftsplan Klima Luft“ als Waldklima - Frischluftentstehungsgebiet ausgewiesen. Dagegen soll ein Teil der Wohnbaufläche auf den privaten Grundstücken, die im Norden an die Äußere Lettiner Straße grenzen, zu Grünland erklärt werden. Warum wird auf der einen Seite Grünland, welches zudem noch ein Frischluftentstehungsgebiet ist, zur Wohnbaufläche erklärt und damit Investoren ein renditeorientiertes Bauen ermöglicht, auf der anderen Seite jedoch die privaten Grundstücke an der Lettiner Straße entwertet und damit in die privatrechtlichen Belange der Eigentümer eingegriffen?*

**Herr Rebenstorf** entschuldigte sich, dass es zum Zeitpunkt des Bürgerdialogs noch nicht absehbar war, ob die Beschlussvorlage bereits im Dezember auf der Tagesordnung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung stehen würde. Auf Frage 2 antwortete er, dass das B-Plan-Verfahren Wildentenweg voraussichtlich vor der finalen Beschlussfassung des Flächennutzungsplans abgeschlossen sein wird. Er wies darauf hin, dass es sich aktuell erst um den Vorentwurf handelt. Er sicherte bezüglich der zweiten Frage nochmal eine schriftliche Antwort zu.

### zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.12.2023

---

Es wurden keine Einwendungen zur öffentlichen Niederschrift vom 5. Dezember 2023 und eingereicht, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

**Abstimmungsergebnis:**                      **bestätigt**

## zu 5      **Beschlussvorlagen**

---

**zu 5.1      Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) –  
frühzeitige Beteiligung und öffentliche Auslegung des Vorentwurfs  
Vorlage: VII/2023/05853**

---

**zu 5.1.1    Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Neuaufstellung  
des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) – frühzeitige Beteiligung  
und öffentliche Auslegung des Vorentwurfs – Vorlagen-Nummer:  
VII/2023/05853  
Vorlage: VII/2024/06727**

---

**zu 5.2      Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Stadt Halle (Saale) mit  
integriertem Umweltbericht zum Flächennutzungsplan – frühzeitige  
Beteiligung und öffentliche Auslegung des Vorentwurfs  
Vorlage: VII/2023/05859**

---

**zu 5.2.1    Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Neuaufstellung  
des Landschaftsplanes der Stadt Halle (Saale) mit integriertem  
Umweltbericht zum Flächennutzungsplan – frühzeitige Beteiligung und  
öffentliche Auslegung des Vorentwurfs – Vorlage  
Vorlage: VII/2024/06731**

---

*In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurden die Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2  
gemeinsam diskutiert.*

**Herr Rebenstorf** brachte die Beschlussvorlage der Verwaltung ein.

**Herr Schröter** ergänzte die Ausführungen bezüglich weiterer Hinweise zur  
Öffentlichkeitsbeteiligung.

**Herr Eiden** und **Herr Pohl** übernahmen die inhaltliche Einbringung beider  
Beschlussvorlagen anhand einer Präsentation.

*Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

**Herr Rebenstorf** schlug vor, alle strittigen Punkte bezüglich der Beschlussvorlage  
gemeinsam im Workshop am 26. Januar 2024 zu besprechen und diese für die kommende  
Planungsausschusssitzung transparent aufzubereiten.

**Herr Feigl** ergänzte, dass jetzt noch allgemeine Fragen gestellt werden können. Er bat  
darum, alle Detailfragen schriftlich einzureichen.

**Frau Winkler** regte an, die Informationen zum Flächennutzungsplan auf der städtischen  
Homepage zu aktualisieren.

**Frau Krimmling-Schoeffler** bedankte sich, dass die Wünsche aus dem Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung bereits aufgenommen wurden. Sie fragte, ob es möglich ist, die Arbeitsrunde auch online anzubieten. Weiterhin fragte sie, mit wieviel Neuversiegelung zu rechnen ist und wie viele landwirtschaftliche Flächen benötigt werden.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass es eine hybride Veranstaltung sein wird und die Teilnahme sowohl präsent als auch online möglich sein wird.

**Herr Feigl** bezog sich auf die Wohnflächenplanung und fragte, inwieweit die zwischenzeitlich bis heute dazugekommenen Wohnungen berücksichtigt wurden.

**Frau Dr. Kreuzfeldt** bezog sich auf bereits beschlossenen Konzeptionen (Wohnbaukonzeption/ Kleingartenkonzeption) und fragte, wie sich diese im Flächennutzungsplan widerspiegeln, bzw. abweichen oder deckungsgleich sind. Sie fragte, wie Kleingärten gesichert werden sollen. Weiterhin sagte sie, dass einige Flächen nicht mehr ausgewiesen werden, wie beispielsweise der jüdische Friedhof. Sie regte diesbezüglich eine Festschreibung an.

**Herr Feigl** ergänzte, dass der Friedhof in Lettin nicht mehr als Einzelfläche ausgewiesen wird. Er fragte, weshalb ein anderer Maßstab gewählt wurde. Seiner Meinung nach wäre eine detailgetreuere Ausweisung wichtiger, um Unsicherheiten der Zuordnung zu vermeiden.

**Herr Rebenstorf** merkte an, dass kein Friedhof überplant wird.

**Herr Eiden** ergänzte, dass auf ausgewiesenen roten Flächen nicht zwangsläufig gebaut werden muss. Bezüglich des Maßstabes gab es intern einen intensiven Diskussionsprozess; dem Gesetzgeber geht es vor allem um die Grundzüge der Planung, nicht um die Ausweisung expliziter Flurstücke. Laut §34 Baugesetz besteht für den FNP keine Bindungswirkung, demzufolge wird der Bestandsschutz von Friedhöfen nicht angetastet.

**Herr Rebenstorf** führte das Beispiel des grünen Altstadtrings an. Der grüne Ring stellt die Wertigkeit dar: Das Grün dominiert und die Straße ordnet sich unter.

**Herr Feigl** stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der beiden Beschlussvorlagen. Da es keine Gegenrede gab bat er um Abstimmung seines Geschäftsordnungsantrags.

**Abstimmungsergebnis GO-Antrag:                      einstimmig zugestimmt**

**zu 5.1      Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) –  
frühzeitige Beteiligung und öffentliche Auslegung des Vorentwurfs  
Vorlage: VII/2023/05853**

---

**Abstimmungsergebnis:                      vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat bestätigt den Vorentwurf der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), in der Fassung vom 13.06.2023 sowie die Begründung zum Vorentwurf mit dem Umweltbericht vom 13.06.2023.



2. Die Öffentlichkeit ist über den Vorentwurf der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), sowie die Begründung zum Vorentwurf mit dem Umweltbericht vom 13.06.2023 im Sinne des § 3 Absatz 1 BauGB öffentlich zu unterrichten. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind von der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB aufzufordern.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) – frühzeitige Beteiligung und öffentliche Auslegung des Vorentwurfs – Vorlagen-Nummer: VII/2023/05853  
Vorlage: VII/2024/06727**

---

**Abstimmungsergebnis:                      vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat ~~nimmt bestätigt~~ den Vorentwurf der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), in der Fassung vom 13.06.2023 sowie die Begründung zum Vorentwurf mit dem Umweltbericht vom 13.06.2023 **zur Kenntnis.**
2. Die Öffentlichkeit ist über den Vorentwurf der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), sowie die Begründung zum Vorentwurf mit dem Umweltbericht vom 13.06.2023 im Sinne des § 3 Absatz 1 BauGB öffentlich zu unterrichten. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind von der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB aufzufordern.
3. **Die Stadtverwaltung unterrichtet den Stadtrat im Ausschuss für Planungsangelegenheiten im Nachgang über die Rückmeldungen und Ergebnisse des unter 2. durchgeführten Beteiligungsprozesses.**

**zu 5.2 Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Stadt Halle (Saale) mit integriertem Umweltbericht zum Flächennutzungsplan – frühzeitige Beteiligung und öffentliche Auslegung des Vorentwurfs  
Vorlage: VII/2023/05859**

---

**Abstimmungsergebnis:                      vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat bestätigt den Vorentwurf der Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Stadt Halle (Saale) mit integriertem Umweltbericht zum Flächennutzungsplan in der Fassung vom 13.06.2023 sowie die Begründung zum Vorentwurf mit dem Umweltbericht vom 13.06.2023.

2. Der Vorentwurf der Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Stadt Halle (Saale) mit integriertem Umweltbericht zum Flächennutzungsplan sowie die Begründung zum Vorentwurf mit dem Umweltbericht vom 13.06.2023 sind öffentlich auszulegen. Die Behörden und Träger öffentlicher Belange sind von der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit zu unterrichten und zur Äußerung aufzufordern.

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Stadt Halle (Saale) mit integriertem Umweltbericht zum Flächennutzungsplan – frühzeitige Beteiligung und öffentliche Auslegung des Vorentwurfs – Vorlage  
Vorlage: VII/2024/06731**

---

**Abstimmungsergebnis:**                      **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat ~~nimmt bestätigt~~ den Vorentwurf der Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Stadt Halle (Saale) mit integriertem Umweltbericht zum Flächennutzungsplan in der Fassung vom 13.06.2023 sowie die Begründung zum Vorentwurf mit dem Umweltbericht vom 13.06.2023 **zur Kenntnis**.
2. Der Vorentwurf der Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Stadt Halle (Saale) mit integriertem Umweltbericht zum Flächennutzungsplan sowie die Begründung zum Vorentwurf mit dem Umweltbericht vom 13.06.2023 sind öffentlich auszulegen. Die Behörden und Träger öffentlicher Belange sind von der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit zu unterrichten und zur Äußerung aufzufordern.
3. **Die Stadtverwaltung unterrichtet den Stadtrat im Ausschuss für Planungsangelegenheiten im Nachgang über die Rückmeldungen und Ergebnisse des unter 2. durchgeführten Beteiligungsprozesses.**

**zu 6            Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 6.1        Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Angebotsanpassung bei der HAVAG notwendig aufgrund massiver Kostensteigerungen  
Vorlage: VII/2023/06455**

---

*Auf Antrag des Stadtrates Herrn Eigendorf und des Stadtrates Herrn Sehrndt wurde zu folgendem Antrag ein Wortprotokoll erstellt.*

**Herr Sehrndt**

Ja, ich will da nur kurz darauf eingehen. Das Problem ist ja den meisten bekannt. Im Oktober stellte sich dann heraus, dass ein erheblicher Nachfinanzierungsbedarf bei der HAVAG auftritt, aufgrund extremer Kostensteigerungen und wir haben dann den Antrag gestellt, weil wir selber uns da überfordert fühlen, also, wir könnten natürlich sagen, okay, wir lassen jetzt die Linie 7 raus und dann sparen wir, aber das ist natürlich keine Lösung. Und wir hatten eigentlich mit diesem Antrag die Verwaltung gebeten, Lösungsvorschläge zu machen, eventuell auch in Zusammenhang mit der HAVAG, was möglich wäre.

Das Antwortschreiben ist in dem Sinne natürlich nicht befriedigend, weil das schiebt den Ball zurück und ich sage mal, in so einer wichtigen, das ist für mich, oder für uns eine wichtige Frage, das muss ja mindestens halbjährlich vorne weg geklärt sein. Aber es scheint niemanden zu interessieren.

**Herr Feigl**

Danke für die Einführung. Herr Eigendorf hat sich zu Wort gemeldet.

**Herr Eigendorf**

Vielen Dank, die inhaltliche Tiefe der Einbringung passt irgendwie zu dem Antrag, das ist in der Tat sehr, sehr dünn. Also, zum einen lehnen wir den grundsätzlich ab, weil der Ausbau des ÖPNV für uns in Halle ein wichtiges Thema ist. Gut, was macht die AfD jetzt hier? ÖPNV ist teuer, das regt viele Leute auf, das kostet Geld, da müssen wir zuschießen, na da machen wir jetzt mal einen Antrag und regen uns darüber auf und nennen das aber nicht Kürzung, sondern wir nennen es Angebotsanpassung, weil das klingt viel, viel netter und verschleiert das so ein bisschen und noch besser wird dieser Antrag ja an der Stelle, an der Sie dann sich wieder in die Ackerfurche begeben, nämlich bei der Frage, wo soll denn gekürzt werden. Und natürlich gibt es Möglichkeiten aufzuzeigen, wo gekürzt werden soll, bei Linien, bei Takt etc. An dieser Stelle trauen sich dann aber wieder nicht, haben vor ihrem eigenen Entschluss dann Angst und übertragen das der Stadtverwaltung, die jetzt mal in Ihrem Auftrag sich überlegen soll, wo die HAVAG für Sie kürzen soll, weil Sie wiederum sich da auch nicht in die Mitte des Sturms stellen wollen, um konkrete Vorschläge zu machen. Das empfinde ich als sehr dünn und deswegen zusammengefasst, das Grundanliegen des Antrags teilen wir nicht, wir teilen auch nicht die Art und Weise, wie Sie hier vorgehen nicht, und deswegen lehnen wir den Antrag ab.

**Herr Feigl**

Herr Sehrndt.

**Herr Sehrndt**

Also, das war ja die übliche Methode des Herrn Eigendorf. Viel Gehässiges und nicht erkennen, wo das Problem liegt. Das Problem liegt eigentlich dort und Sie waren ja bei den Stadtwerken dabei mit Bürgermeister Geier, wo es um das Problem ging und da haben Sie, Sie tun heute so, als ob das alles gar nicht Sache ist. Wir können davon ausgehen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung anders läuft. Ich habe meine größten Schmerzen dabei, da sage ich Ihnen, dass ich im Aufsichtsrat der Stadtwerke und auch hier in diesem Stadtrat zugestimmt habe, dass wir für hunderte Millionen Kredite aufnehmen für neue Straßenbahnen, wo wir heute vielleicht vor der Frage stehen, Sie lächeln da Herr Eigendorf, Sie sind jung, Sie haben es noch nicht erlebt, wenn das Geld alle ist, ja. Das ist dann einfach so, dass wir zu neuen Lösungen kommen müssen und eine dieser Lösung ist, das kann nur die Stadt zusammen erreichen, nicht durch Geplänkel und Getue, das hilft niemandem weiter. Und diese Antwort der Stadt ist natürlich ein bisschen schwierig, ja, also, ich sag mal so, der Krieg hat nur wenig mit den Kostensteigerungen zu tun. Das hat zum Beispiel mehr damit zu tun, wenn wir Kernkraftwerke abstellen. Nicht ja. Das ist einfach so der Strom wird teurer und das ist einer der Kostenfaktoren in dieser Geschichte. Ja, und wenn wir das nicht klar betrachten, dann haben wir irgendwann ein Problem, da können Sie sich drauf einrichten.

**Herr Feigl**

Frau Krimmling-Schoeffler.

### **Frau Krimmling Schoeffler**

Ja vielen Dank Herr Vorsitzender, also, nicht die Antwort der Verwaltung ist ein bisschen schwierig, sondern Ihr Antrag ist tatsächlich nicht nur ein bisschen schwierig, sondern einfach, einfach nur einfach. Also, einfache Lösung ist ja sowieso das, was Sie immer gerne voranstellen, aber wir sehen ja gerade, da kommen wir ja ins kurze Gras. Ich will nur nochmal kurz was zu den Straßenbahnen sagen. Die brauchen wir, weil die anderen irgendwann nicht mehr fahren dürfen, deswegen machen wir das, nicht, weil es mehr werden, sondern wir haben danach genauso viel wie vorher und deswegen... Sie brauchen nicht mit einem Kopf schütteln, auch Sie haben ein Aufsichtsratsmitglied im Aufsichtsrat der HAVAG sitzen und dann könnten Sie ja einfach mal mit dem reden, bevor Sie hier so einen Antrag schreiben. Es ist schade um das Papier und es ist schade um unsere Zeit und deswegen lehnen wir den Antrag ab.

### **Herr Feigl**

Ach, Frau Dr. Kreuzfeldt will auch noch.

### **Frau Dr. Kreuzfeldt**

Ja, ich wollte nur nochmal betonen, das ist natürlich im Interesse der Stadt und unserem aller Interesse, dass wir den ÖPNV weiter ausbauen und dass wir dort auch investieren und wir können nicht laufende Kosten dauernd mit irgendwelchen Investitionen aufrechnen. Das sind zwei völlig verschiedene Sachen, das kennen wir, das hat die DDR gemacht, die hat aus dem Laufenden immer und immer auf Verschleiß gelebt. Natürlich müssen wir investieren und dann muss es eine Lösung in Zukunft geben, wie das finanziert wird, aber ein Angebotsabbau würde ja natürlich auf der anderen Seite auch wieder zu Einnahmeverlusten führen, wenn der ÖPNV nicht mehr attraktiv ist, wer soll sich denn dann noch die Tickets holen. Also, es ist ja Teufel mit Beelzebub ausgetrieben. Natürlich lehnen wir den Antrag ab und natürlich stehen wir hinter der HAVAG und auch dahinter, dass wir, dass die HAVAG besser finanziert werden muss von allen Beteiligten - Stadt, Land, Bund.

### **Herr Feigl**

Okay, bevor ich Sie drannehme, vielleicht noch eine Bemerkung von mir: Ich fand den Antrag eigentlich ganz witzig, also, an der Stelle, wo Sie schreiben, die Stadtverwaltung und die HAVAG sollten sich mal Gedanken machen, wir sind da zu wenig sachkundig dazu, um das mal freundlich auszudrücken an dieser Stelle. Ich glaube, das ist an der Stelle schon nicht zustimmungsfähig ist. Aber Herr Sehrndt, Sie haben noch mal das Wort.

### **Herr Sehrndt**

Ich will da jetzt nicht auf Details eingehen, weil auch Sie in dieser Aufsichtsratssitzung waren. Es muss einfach so sein, dass wir die Stadtwerke dort an der Stelle entlasten und nach gemeinsamen Lösungen suchen. Mehr will ich dazu nicht sagen, das wäre dann vielleicht auch für den nicht öffentlichen Teil, oder, ich weiß es nicht, wo wir das besprechen können. Es ist so. Sie haben natürlich eine grundsätzliche Antipathie gegen alles, was von uns kommt, und da ist es einfach schwierig, überhaupt nach Lösungen zu suchen. Und wir haben einfach versucht zu sagen, was ist möglich und das wird dann mit irgendwelchen Erklärungen, es ist alles teurer geworden. Das wussten wir alles. Da machen Sie sich keine Sorgen.

### **Herr Feigl**

Herr Rebenstorf.

### **Herr Rebenstorf**

Ganz kurz, Herr Sehrndt, nur ein Hinweis. Da ich den Aufgabenträger vertrete und auch Herrn Bürgermeister Geier und damit in der Funktion den Gesellschafter. Meine Bitte ist, Sie unterliegen der Verschwiegenheitspflicht, wenn es um Diskussionen in Aufsichtsratssitzungen geht. Die Öffentlichkeit wird über Beteiligungsberichte informiert, wie der Zustand von kommunalen Töchtern ist, aber mir geht es hier darum, deswegen nochmal der freundlich gemeinte Hinweis, wenn Sie aus Aufsichtsratssitzungen zitieren, überlegen Sie genau, was Sie sagen, weil Sie dort der Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Vielen Dank.

### **Herr Feigl**

Gut, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, dann können wir über den Antrag abstimmen. Ich frage zunächst die sachkundigen Einwohner: Wer kann dem Antrag so zustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist einer. Gegenstimmen? 5 Gegenstimmen. Nochmal bitte. Vier Gegenstimmen. Und Stimmenthaltungen? Keine. Damit wäre das mehrheitlich abgelehnt. Und ich frage die Stadträtinnen und Stadträte, wer kann dem Antrag so zustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. Einer. Die Gegenstimmen? Das ist der Rest. Stimmenthaltungen? Dann mehrheitlich abgelehnt.

*Wortprotokoll Ende*

**Abstimmungsergebnis SKE:**                      **mehrheitlich abgelehnt**

**Abstimmungsergebnis SR:**                      **mehrheitlich abgelehnt**

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung erarbeitet ein, der Kostenexplosion entgegenwirkendes, verändertes Nutzungskonzept mit mindestens drei, idealerweise frei kombinierbaren, Angebotsanpassungsvorschlägen mit dem Ziel einer dauerhaften Kostenreduktion der Halleschen Verkehrs AG zu erreichen. Dieses soll dem Stadtrat bis spätestens März 2024 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

**zu 6.2      Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung der Erweiterung der Park  
+ Ride-Station Trotha  
Vorlage: VII/2023/06316**

---

**Herr Dr. Ernst** brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

**Herr Rebenstorf** verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung und ergänzte, dass aufgrund der Nichtverfügbarkeit von Flächen sich die Stadtverwaltung auf den Ausbau in der Frohen Zukunft konzentriert. Mit der neuen Endhaltestelle wird es in Abstimmung mit der HAVAG eine deutlich größere Park and Ride-Anlage geben.

**Herr Dr. Ernst** fragte, ob es zum Nutzungsverhalten für die größere Pkw-Abstellanlage belegbare Zahlen gibt.

**Herr Schültke** antwortete, dass sich das Grundproblem der Auslastung relativ schnell ermitteln lässt, indem man Kfz-Kennzeichen erfasst und zuordnet und folglich feststellt, dass es keine Park and Ride-Nutzer sind, die einen Großteil der Parkplatznutzung in Anspruch nehmen, sondern um Bewohner aus dem sehr nahen Umfeld. Bei einer zeitlichen Beschränkung der Parkplätze werden diejenigen ausgeschlossen, die tatsächlich von dort in die Innenstadt umsteigen wollen. Aufgrund der Nichtverfügbarkeit von Flächen in Trotha hat man sich folglich auf diesen „Plan B“ im Bereich der Frohen Zukunft verständigt.

**Herr Feigl** wies auf die Diskussion zum Mobilitätskonzept hin und äußerte seine Verwunderung über diesen extra Antrag vor der Beschlussfassung des Mobilitätskonzepts.

**Herr Dr. Ernst** merkte an, dass weiterführende Maßnahmen durch die Stadtverwaltung geprüft werden sollten.

**Herr Regenstorf** betonte, dass es keine verfügbaren Flächen im weiteren Umfeld gibt.

**Herr Sehrndt** merkte an, dass die Diskussion auch auf ein doppeltes Parkdeck hinauslief. Weiterhin berichtete er, dass die Pendler vorrangig die Parkplätze in Trotha und nicht in der Frohen Zukunft nutzen. Er bat darum, dem Prüfauftrag zuzustimmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Feigl** bat um Abstimmung des Antrags.

**Abstimmungsergebnis SKE:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Abstimmungsergebnis SR:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung prüft, ob die Park + Ride-Station in Trotha aufgrund ihrer hohen Auslastung erweitert werden kann.
2. Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat bis Februar 2024 vorgelegt.

**zu 6.3     **Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung des Einsatzes von Countdown-Ampeln****  
**Vorlage: VII/2023/06317**

---

**Herr Dr. Ernst** brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

**Frau Dr. Kreuzfeldt** sagte, dass es ihrer Meinung nach nicht notwendig ist die Fußgänger zu disziplinieren. Sie verwies dabei auch auf etliche Verstöße von Autofahrern. Weiterhin verwies die auf die derzeitige Haushaltslage der Stadt und sagte, dass der Antrag aus ihrer Sicht keine Priorität hat.

**Herr Dr. Ernst** berichtete, dass am Leipziger Turm mehrere Verstöße von Fußgängern und Radfahrern beobachtet werden kann. Er bat um Zustimmung zum Antrag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Feigl** bat um Abstimmung des Antrags.

**Abstimmungsergebnis SKE:** **einstimmig abgelehnt**

**Abstimmungsergebnis SR:** **mehrheitlich abgelehnt**

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung prüft, welche Fußgängerfurten mit Lichtsignalanlagen, die keine Straßenbahnquerungen aufweisen, für die Installation einer Countdown-Ampel geeignet sind. Dabei werden die beiden Systeme, klassisch mit Sekundenzähler sowie das Berner Model mit einem Ring, gegenübergestellt. Im Prüfergebnis wird die finanzielle Auswirkung, der Nutzen und eventuell geplante Um- und Ausbaumaßnahmen an Fußgängerfurten dargestellt.
2. In zukünftigen Vorlagen für den Stadtrat wird bei Fußgängerfurten mit Lichtsignalanlagen, die keine Straßenbahnquerungen aufweisen, eine Countdown - Ampel als Option mit geplant.
3. Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat bis Februar 2024 vorgelegt.

### **zu 6.4     Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Installation fahrradsicherer Gleise Vorlage: VII/2023/06318**

---

**Herr Dr. Ernst** brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

**Herr Feigl** merkte an, dass die Thematik in den vergangenen Jahren bereits mehrfach diskutiert wurde. Nach seinem Kenntnisstand gibt es keine Systeme die die Sicherheit erhöhen.

**Herr Nistripke** fragte, ob es Erfahrungswerte von solchen Gleissystemen gibt und wie hoch die Kosten geschätzt werden.

**Herr Dr. Ernst** antwortete, dass der Antrag technologieoffen formuliert wurde. In Düsseldorf werden aktuell neue System erprobt und daher die Möglichkeit gesehen wird, dies auch für die Stadt Halle (Saale) einzusetzen, vor allem im Bereich der Altstadt und der damit verbundenen Enge zwischen Fahrbahn-, Straßenbahn- und Fußgängerbereich.

**Frau Dr. Kreuzfeldt** fragte, ob es sich um einen neuen Prüfauftrag handelt.

**Herr Wagner** berichtete aus den Sitzungen vom Runden Tisch Radverkehr, dass es derzeit keine Technologie gibt, die das Ansinnen des Antrags leisten kann. Seiner Meinung sollte bei Neu- und Umbauten von Straßen darauf geachtet werden, bauliche Veränderungen so durchzuführen, dass das Unfallrisiko minimiert wird. Er wird dem Antrag nicht zustimmen, da mit dem Antrag die Sicherheit nicht verbessert wird.

**Herr Feigl** merkte an, dass es sich nicht um einen Prüfantrag handelt.

**Herr Dr. Ernst** ergänzte, dass mit dem Antrag eine Umsetzung beantragt wird.

**Herr Nistripke** regte an, den Zeitablauf im Punkt 3 anzupassen.

**Herr Schied** berichtete, dass sowohl Basel als auch andere Städte und Kommunen solche neuen Technologien erprobt haben und die Erprobung bereits nach kürzester Zeit wieder eingestellt wurde, da sich diese Systeme als nicht wintertauglich herausstellten. Seiner Meinung nach sollte eher ein Prüfantrag bezüglich einer neuen technologischen Beschichtung gestellt werden, da man vor allem auf dem nassen Metall der Gleise wegrutscht. Seine Fraktion wird dem Antrag daher nicht zustimmen.

**Herr Dr. Ernst** bezog sich auf die Anregung von Herrn Nistripke und sagte, dass seine Fraktion vorerst die Diskussionen in den beratenden Ausschüssen abwarten wollte. Eine entsprechende Anpassung des Antrags erfolgt ggf. vor der Stadtratssitzung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Feigl** bat um Abstimmung des Antrags.

**Abstimmungsergebnis SKE:** einstimmig abgelehnt

**Abstimmungsergebnis SR:** mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

1. Beim Neubau bzw. bei der Sanierung von Straßenbahngleisen wird auf Straßen, die eine hohe Unfallhäufigkeit im Zusammenhang mit Radfahrenden aufweisen, an geeigneten Stellen ein fahrradsicheres Gleis eingebaut.
2. Aufgrund der Prüfung der Verwaltung, die Unfallschwerpunkte in der Großen Ulrichstraße/Höhe Schulstraße, der Großen Steinstraße/Höhe Barfüßerstraße und der Geiststraße festgestellt hat, werden diese Bereiche bevorzugt beim Neubau bzw. bei der Reparatur mit fahrradsicheren Gleisen ausgestattet.
3. Die Umsetzung erfolgt bei Planungs- und Baumaßnahmen ab dem 01.01.2024.

**zu 6.6 Antrag der Fraktion "Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig zur Anschaffung von Fahrradflundern  
Vorlage: VII/2023/06573**

---

**Herr Schied** brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

**Herr Sehrndt** fragte nach den Kosten.

**Herr Schied** antwortete, dass eine Flunder 4.000 Euro kosten würde.

**Herr Schültke** teilte mit, dass eine Installation einer solchen Flunder nicht einfach umgesetzt werden kann. Die Installation bedarf eine verkehrsrechtliche Anordnung, welche begründet sein und der Bedarf nachgewiesen werden muss. In Abhängigkeit von den Standorten und auf das jeweilige Umfeld abgestimmt, werden Flächen untersucht, wo geeignet Fahrradabstellanlagen ergänzt oder neu platziert werden können. Die Platzierung erfolgt in Abstimmung mit dem Radverkehrsbeauftragten und dem Runden Tisch Radverkehr.

**Herr Feigl** bezog sich auf die Aussage von Herrn Schültke und merkte an, dass dies bereits in der Stellungnahme der Verwaltung hätte stehen müssen.

**Herr Schied** sagte, dass eine Fahrradflunder vor allem der Bedarfsermittlung dienen soll. Sollte an den gewählten Standorten keiner sein Fahrrad abstellen, dann wird die Flunder weggeschoben und an einer anderen Stelle aufgestellt. Er bezweifelte, dass ein Radverkehrsbeauftragter den Bedarf für das ganze Stadtgebiet ermitteln kann.



**Herr Wagner** sagte, dass wenn die Stadtverwaltung die Bedarfe schon kennt, dann entsprechende stationäre Anlagen installiert werden sollten. Beispielsweise im Paulusviertel könnten durch Wegnahme weniger Stellflächen viele Fahrradabstellanlagen geschaffen werden. Seiner Meinung nach werden benötigte Bedarfe zu langsam umgesetzt und daher werden mobile Flundern auch keine langfristige Lösung darstellen.

**Frau Dr. Kreuzfeldt** sagte, dass der Antrag eine gute Möglichkeit ist, um die tatsächlichen Bedarfe an Abstellanlagen zu prüfen. So werden die Abstellanlagen an der Feuerwehr Neustadt so gut wie nie genutzt. Sie befürwortete eine Testung.

**Herr Schülke** wies darauf hin, dass wenn ein vorhandener Straßenrandbereich zugunsten von Fahrradabstellanlagen umgenutzt werden soll, es egal ist, ob es sich um eine mobile oder dauerhafte Anlage handelt. Die Notwendigkeit muss immer vorher begründet sein. Zudem muss die Verkehrssicherheit immer gewährleistet sein. Bezugnehmend auf Herrn Wagner informierte er, dass im Paulusviertel derzeit sogenannte „Musterkreuzungslösungen“ erarbeitet werden. Über die genauen Planungen wird nach Abschluss der internen Prüfungen im Ausschuss informiert.

**Herr Feigl** fragte nach der rechtlichen Einschätzung bei der Abstellung von Fahrrädern auf Gehwegen, da diese aktuell schon genutzt werden. Weiterhin sagte er, dass bei Veranstaltungen die Aufstellung solcher Flundern zeitlich begrenzt wäre.

**Herr Schülke** verwies auf die Verkehrssicherungspflicht. Für Großveranstaltungen wird zusammen mit Veranstaltern und den Stadtwerken nach Lösungen gesucht, um mobile, aneinanderreihbare und beliebig ergänzbare Systeme zur Verfügung zu stellen, welche wirtschaftlich interessanter als mobile Flundern sind.

**Herr Schied** begrüßte die Bemühungen. Weiterhin fragte er, wie die Verwaltung zu den Informationen bezüglich zugestellter Lichtmasten kommt.

**Herr Schülke** antwortete, dass diese Hinweise aus der Bevölkerung, aus Gesprächen, aus Beobachtungen etc. kommen.

**Herr Sehrndt** fragte, ob solche Maßnahmen immer durch den Stadtrat beschlossen werden müssen. Er kritisierte, dass durch die Installation von Fahrradabstellanlagen an Kreuzungen wieder Kosten entstehen. An zugeparkten Kreuzungen sollte viel eher das Falschparken verstärkt geahndet werden, um damit auch die Einnahmen der Kommune zu erhöhen.

**Herr Schülke** bejahte die Notwendigkeit eines Beschlusses.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Feigl** bat um Abstimmung des Antrags.

**Abstimmungsergebnis SKE:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Abstimmungsergebnis SR:** **mehrheitlich abgelehnt**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Anschaffung von drei sogenannten Fahrradflundern, mobile Bodenplatten in der Größe eines Kfz-Stellplatzes mit mehreren Fahrradbügeln. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Fahrradflundern in verschiedenen Gebieten der Stadt Halle (Saale) einzusetzen, in denen die Verwaltung einen Bedarf an zusätzlichen Fahrradabstellplätze vermutet. Die Auslastung ist stichprobenartig vom städtischen Ordnungsamt zu kontrollieren und zu dokumentieren. Die dadurch entstandene Auswertung ist nach 1 - 2 Quartalen dem Stadtrat vorzulegen und soll der Verwaltung als Entscheidungshilfe dienen, ob an der Teststelle permanente Fahrradabstellplätze eingerichtet werden.

### **zu 7        Mitteilungen**

---

#### **zu 7.1      Quartalsbericht III/2023 Stadtbahnprogramm Maßnahmeträgerin HAVAG Vorlage: VII/2023/06537**

---

**Herr Dr. Ernst** bezog sich auf die Maßnahme Böllberger Weg Süd/ Südstadtring. Die Maßnahme sollte bis Ende des Jahres 2023 abgeschlossen sein, was augenscheinlich nicht der Fall ist. Er fragte nach den aktuellen Planungen des Südstadtrings, da die Straße noch nicht freigegeben ist.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

### **zu 8        Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

#### **zu 8.1      Herr Dr. Ernst zu Städtebaufördermitteln**

---

**Herr Dr. Ernst** fragte, ob der Stadtverwaltung die Bewilligung Städtebaufördermittel schon vorliegt und wenn ja, wann der Stadtrat darüber unterrichtet wird.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass es noch interne Auswertungen gibt. Nach Abschluss der Auswertungen werden die Stadträte umgehend informiert.

#### **zu 8.2      Herr Schied zu seiner Anfrage im PA 05.12.2023**

---

**Herr Schied** bezog sich auf seine Anfrage in der Dezembersitzung zum ehemaligen Gravo Druck und dem gesperrten Geh- und Radweg und fragte nach der ausstehenden Beantwortung.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass diese zeitnah erfolgen wird. Herr Aldag hatte dieselbe Anfrage im Ausschuss für Klimaschutz Umwelt und Ordnung gestellt.

### zu 8.3 **Herr Schied zur Nordspitze**

---

**Herr Schied** bezog sich auf den Ausbau des Gehweges an der Nordspitze und berichtete, dass er Anfang des Jahres festgestellt hat, dass Fahrzeuge den Gehweg beschädigt haben. Des Weiteren wird der Gehweg nicht instandgehalten/ gesäubert. Vor allem der westliche Weg ist teilweise bis zu 30 Zentimeter am Rand aufgewühlt. Er fragte, wer die Arbeiten veranlasst hat, wer die ausführende Firma war und ob die Stadtverwaltung Regressforderungen anstrebt.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

### zu 8.4 **Frau Winkler zur Gestaltungssatzung**

---

**Frau Winkler** bezog sich auf den Antrag zur Gestaltungssatzung und fragte, ob es sich bei der Arbeitsgruppe „Task Force Innenstadt“ um dieselbe Arbeitsgruppe handelt, wie die, die die Qualitätskriterien für Veranstaltungen und Märkte auf dem halleschen Marktplatz ermittelt. Zudem fragte sie nach den Mitgliedern der Arbeitsgruppen.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

### zu 8.5 **Frau Dr. Kreutzfeldt zu einem Bauvorhaben am Landrain**

---

**Frau Dr. Kreutzfeldt** berichtete, dass die WG Frohe Zukunft ein neues Bauvorhaben am Landrain geplant hat. Sie fragte nach Einzelheiten zum Bauvorhaben.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

### zu 8.6 **Frau Dr. Kreutzfeldt zu Kostenanpassungen bei der HAVAG**

---

**Frau Dr. Kreutzfeldt** fragte, ob seitens der HAVAG Angebotsanpassungen vorgesehen sind.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 8.7 Herr Sehrndt zum Hochwasserschutzbeirat**

---

**Herr Sehrndt** bezog sich auf den Hochwasserschutzbeirat und fragte nach den Inhalten und den Mitgliedern des Beirats.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 9 Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Feigl** die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Christian Feigl  
Ausschussvorsitzender

---

Sarah Lange  
stellv. Protokollführerin